

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 7

Artikel: Zeit einer neuen Scheidung? : Pessimistische Stimme zur Zukunft der Ost-West-Beziehungen
Autor: Turdanov, Dimtcho
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092710>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Pessimistische Stimme zur Zukunft der Ost-West-Beziehungen

Zeit einer neuen Scheidung?

Die Umwandlungen in Ost-, Mittel- und anschliessend in Westeuropa Ende der 80er Jahre sind zweifelsohne von historischer Bedeutung. Noch kaum war Europa als kulturelle und geographische Region so bewegt und gespalten wie in den Zeiten relativen Friedens von 1945 bis 1989, aber auch noch heute, kurz vor dem Ende des 20. Jahrhunderts. Und noch kaum in der Geschichte des Kontinents haben sich so viele Menschen nicht nur für einen wenigstens relativen Frieden eingesetzt, sondern auch für den Aufbau eines «gemeinsamen europäischen Hauses».

Inzwischen weist die harte Realität in Europa andere Merkmale auf, so dass die Idee eines gemeinsamen europäischen Hauses zum mindesten revisionsbedürftig ist, wenn sie nicht schon zu einem wenig sagenden Gemeinplatz geworden ist. So drängt sich immer mehr die Frage auf, ob dem kalten Krieg nicht ein kalter Friede folgt. Oder wird auf friedlichem Weg die schon einmal bestandene Scheidelinie zwischen Ost und West neu gezogen — legitimiert durch die offenbar noch nicht vergessene kulturelle Symbolik Rom-Byzanz?

Trennung bleibt

Die im folgenden dargelegte These einer fortdauernden Trennung Europas mit einer möglichen künftigen Konfrontation erscheint vielleicht manchem paradox; denn wer will schon heute, nach 1989, Konfrontation und Instabilität auf dem Kontinent? Gleichwohl scheint es realistischer, die gegenwärtige Situation der Ost-West-Beziehungen durch den Hinweis auf die latenten negativen Tendenzen zu diagnostizieren, ohne freilich unnötige Ängste hervorrufen zu wollen.

Obwohl sich alle ehemaligen sozialistischen Staaten klar für die Werte einer demokratischen politischen Kultur und für die freie Marktwirtschaft sowie ein friedliches Zusammenleben auf dem Kontinent einsetzen, herrscht in diesen Staaten eine ausgeprägte posttotalitäre politische Situation, die immer noch Spannungen und Konflikte hervorrufen kann.

Dimtcho Turdanov

Der 33jährige Autor Dimtcho Turdanov kommt aus Bulgarien und ist zurzeit Doktorand am Soziologischen Institut der Universität Zürich. Als Oberassistent im Fach Soziologie/Politikwissenschaft an der Universität Sofia erhielt er 1992 ein Stipendium der Eidg. Stipendienkommission für ausländische Studenten zugesprochen und hofft, dass er bis Ende dieses Jahres in Zürich bleiben kann.

Dabei zeichnen sich zwei entgegengesetzte Tendenzen ab, die teilweise als Erbe der überlieferten geopolitischen Teilung des Kontinents in den letzten 45 Jahren angesehen werden können, die aber auch bedingt sind durch die Eigenart der Kultur und Geschichte Osteuropas.

Gegenläufige Entwicklungen

Einerseits bemüht sich Westeuropa um die Schaffung eines von nationalen Gegensätzen befreiten und sich vor allem auf kulturelle Identität und wirtschaftliche Stabilität stützenden Raumes. Andererseits erreichen die Zerfallserscheinungen in Osteuropa ein ungeahntes Ausmass, was eine stabile Entwicklung auf dem ganzen Kontinent in Frage stellt. Schliesslich ist der materielle Aufwand zur Unterstützung der unter den kriegerischen Konflikten leidenden Bevölkerung — und das nicht nur im ehemaligen Jugoslawien — sowie zur Aufnahme von Flüchtlingen aus jenen Gebieten gross.

Dabei sorgt seit geraumer Zeit auch der wachsende Zustrom von Flüchtlingen für Wirbel auf der politischen Szene der westeuropäischen Staaten. Während in Brüssel, Bonn und Paris die 9. Symphonie gespielt wird, wird in Osteuropa, besonders in Ex-Jugoslawien und einigen Republiken des ehemaligen Sowjetimperiums, das Requiem einer fast schon toten, aber immer noch Menschenleben fordern den Vergangenheit gespielt. Die künftige Geschichte dieser Regionen spielt sich als gegenwärtiges Drama ab.

Der Zusammenbruch des «realen Sozialismus» bedeutet offensichtlich nicht den automatischen Übergang zu wirtschaftlichem Aufbau und Stabilität. In allen ehemaligen sozialistischen Ländern, obwohl die Formen wesentlich verschieden waren, hat der Wandel mit der Aufarbeitung der nahen Vergangenheit begonnen. Sie wird vor allem für politische Ziele genutzt und erschwert heute die äusserst wackelige politische und ökonomische Lage in diesen Ländern.

Krisenherde «Jugoslawien» und «UdSSR»

Das betrifft besonders zwei Regionen des einstigen Ostblocks, nämlich das bereits zerfallene Jugoslawien und die ehemalige Sowjetunion. Die Aufarbeitung der Vergangenheit nimmt hier besonders symptomatische und gefährliche Züge an, indem sie im Prinzip durch militärische Auseinandersetzungen vollzogen wird. Symbole und Handlungen einer bislang für überwunden gehaltenen geschichtlichen Vergangenheit werden wiederbelebt und so nicht nur alte Wunden aufgerissen, sondern die Verwirklichung der Idee eines friedlichen Europas erschwert.

Das wahre Ausmass der von den totalitären politischen Systemen in den Staaten des ehemaligen Ostblocks angerichteten Schäden hat weit komplexere als nur wirtschaftliche Dimensionen und wird weit dauerhafter sein als bis jetzt angenommen. Der ursprüngliche Optimismus be-

züglich der Zukunft Osteuropas wird wohl abgelöst von der Notwendigkeit einer nüchternen Erforschung des Ostens Europas. Während zu Zeiten der strengen Teilung in West- und Ost-Europa dem Zusammenleben die Gegensätze demokratisch-totalitär, reich-arm, Orthodoxie-Katholizismus zugrunde lagen und diese Teilung erst noch durch die Geographie und mit den Möglichkeiten modernster Waffen aufrechterhalten wurde, genügt das unter den heutigen Umständen nicht mehr.

Auf jeden Fall ist die politische Realität in Europa so im Fluss, dass das Festhalten an der Idee des gemeinsamen europäischen Hauses heute nur noch frommer Wunsch sein kann. Diese durchaus unerfreuliche Tendenz lässt sogar eine Vertiefung der Teilung Europas befürchten, wobei hier freilich die Gefahr besteht, dass der objektive Charakter einer Analyse durch schwarzmalerische Visionen getrübt wird. Das gilt besonders dann, wenn man einen Teil seines Lebens unter den überkommenen sozialen Verhältnissen Osteuropas verbracht hat. Gleichwohl seien einige thesehafte Überlegungen erlaubt.

Folgen für Europa

Das Zusammenleben steht noch im Schatten des Gestern. Die Spannungen in Osteuropa bleiben weiter bestehen, was sich zweifelsohne auch auf die West-Ost-Beziehungen Europas auswirken wird. Zweierlei sind dafür die Gründe. Zum einen sind da das katastrophale politische und ökonomische Erbe der ehemaligen Ostblockländer, die auf Dauer geschädigte Umwelt sowie die wohl noch lange andauernden Konflikte, die durch den Wandel aller sozialen, politischen, moralischen und wirtschaftlichen Werte in den ex-sozialistischen Staaten verursacht werden.

Zum zweiten sind da die latenten Restaurationstendenzen seitens der alten politischen Klasse, aber auch die Restauration in einem globalen, wieder geopolitischen Massstab seitens der nach Revanche strebenden Kräfte der ehemaligen Weltmacht, der UdSSR.

Noch eine dritte Dimension ist hier kurz zu erwähnen: Die globale Politik des Westens gegenüber den osteuropäischen Staaten. Es drängt sich immer mehr die Notwendigkeit einer in die Zukunft gerichteten Lösung des Zustroms von Auswanderern in die westeuropäischen Staaten auf. Das heute relevante Verhalten des Westens wird sich auf Dauer kaum als adäquates Modell des Zusammenlebens in Europa durchsetzen können. Die andauernden Konflikte, die das ohnehin grosse Ausmass der sozialen Erschütterungen in den Staaten Osteuropas noch vergrössern, werden eine Bewährungsprobe auch für die Idee einer Europäischen Gemeinschaft nur des europäischen Westens sein, vielleicht sogar nachträglich erschweren.

Folgen des Totalitarismus

Die Zukunft der Koexistenz wird sich voraussichtlich nicht auf einer von militärischer Konfrontation geprägten Ebene weiterentwickeln. Das bedeutet aber noch nicht, dass die Zeiten der Konfrontation vorbei sind. Die Entwicklung einiger zwischen- und innerstaatlicher Spannungen, die noch jetzt leicht in bewaffnete Konflikte ausarten — hier sei nur an die ehemalige Sowjetunion und das einstige Jugoslawien erinnert — zeugt von der latenten Gefahr für die Stabilität nicht nur der betroffenen Regionen und der sie umgebenden Staaten, sondern für ganz Europa.

Im folgenden geht es um die vier wichtigsten konfliktstiftenden Merkmale der heutigen politischen Situation in allen ehemaligen sozialistischen Ländern, Merkmale, die durch die totalitäre politische Herrschaft programmiert sind, wobei wir von der ruinierten Wirtschaft und der sich daraus ergebenden Massenarbeitslosigkeit einmal absehen.

1. Zum Wesen der totalitären politischen Systeme in den einstigen sozialistischen Staaten gehörte die Intoleranz als besonderes Prinzip der Politik, das seitens der politischen Klasse als Tugend geschätzt wurde. Die Ziele des Sozialismus waren gross, von historischer Bedeutung und «auf das Wohl der Werktätigen» ausgerichtet,

so dass der einzelne Mensch nur als Mittel zur Verwirklichung dieser Ziele der führenden Partei und dem Staat zur Verfügung stand. Diese autoritäre politische Praxis der Intoleranz überträgt sich im posttotalitären Stadium auf die alltäglichen Beziehungen der Bürger.

2. Wachsende Frustration und Orientierungslosigkeit als Folge dauerhafter Manipulation allgemeinemenschlicher und geschichtlich etablierter Werte und Normen.

3. Mangelnde und vor allem auf Konfrontation eingestellte politische Kultur.

4. Der Nationalismus als verspätetes Erleben eigener Selbständigkeit.

Nationalismus als Überreaktion

Der in den ehemaligen sozialistischen Staaten sich so hoher Konjunktur erfreuende Nationalismus hat seine Wurzeln in der mehr als vierzig Jahre dauernden Isolation von der Aussenwelt. Die jahrelang von den Predigern der «sozialistischen Lebensweise» propagierte Brüderlichkeit, der Internationalismus und das Abschirmen der realen Politik vom eigentlichen Souverän haben theoretisch zum teilweisen, praktisch aber zum vollen Souveränitätsverlust der Staaten im «sozialistischen Lager» geführt. Beispiel hierfür ist der Plan der Einverleibung Bulgariens als Sowjetrepublik in die UdSSR Ende der 60er Jahre.

Die wichtigsten politischen Entscheidungen wurden entweder im Machtzentrum in Moskau getroffen oder, und das eher ausnahmsweise, in den Hauptstädten der jeweiligen Satellitenstaaten, aber nach sehr langen und detaillierten Absprachen und Konsultationen mit Moskau. So ist es kein Zufall, dass die ersten Ausbrüche von Unzufriedenheit und nicht selten von Zorn gerade gegen den ehemaligen «grossen Bruder» gerichtet waren. Die antisowjetischen und nicht selten antirussischen Missstimmungen gingen den antikommunistischen und denen gegenüber den Minderheiten in den einzelnen Ostblockländern weit voraus. So gesehen

ist der Nationalismus eine Reaktion gegen die jahrelange Verunmöglichung, Souverän im eigenen Lande zu sein, und zugleich ein Nachholen des Verpassten, solange dies friedlich vonstatten gegangen wäre.

Dazu werden anachronistisch klingende Theorien zu Begriffen eines für modern erklärten politischen Denkens aufgestellt. Solange der Nationalismus nicht zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit anderen Volksgruppen wegen Territorialansprüchen oder einfach zur sinnlosen «Selbstbestätigung» einer Volksgruppe gegenüber einer anderen führt, bleibt er das «notwendige» Übel im Wiederaufbau der ehemaligen sozialistischen Länder. Leider ist das Potential an Intoleranz in diesen Ländern so gross, dass jedes Streben nach dem eigenen nationalen «Ich» der Völker sehr schnell in bewaffnete Konflikte umschlägt. Beispiel hierfür sind die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Serben und Muslims in Bosnien-Herzegowina, die, wenn nicht bald eine friedliche Lösung gefunden wird, die Grausamkeiten der osmanischen Eroberer gegen die einheimische Bevölkerung wiederholen, diesmal mit verspätetem und mit nichts zu rechtfertigendem Blutvergiessen.

Bei der Ungewissheit, worin denn das eigentliche nationale «Ich» dieser Völker besteht, wird die Suche nach dem Schwächeren und nach dem für alle Misslichkeiten verantwortlich gemachten Prügelknaben zu einer hochpatriotischen Aufgabe: der Serbe ist gegen den Bosnier, der Russe gegen den Tschetschenen, der orthodoxe Christ gegen den Muslim, der Rumäne gegen die ungarische Minderheit, und fast alle gegen die Zigeuner.

Geopolitischer Aspekt

Die künftigen Ost-West-Beziehungen auf dem Kontinent bleiben weiterhin von den Symbolen der nahen politischen Vergangenheit belastet. Ursache für diese Schlussfolgerung sind die in den ex-sozialistischen Staaten schlummernden und schon spürbar werdenden Restaurationstendenzen. Beispiel

dafür sind Russland, Rumänien oder Litauen.

Die Tendenz zur Restauration ist nicht nur auf den Wunsch der politisch entmachteten kommunistischen Parteien zurückzuführen, wieder an die Macht zu kommen, sondern auch auf die äusserst schwierige ökonomische Lage in diesen Ländern, was immer mehr Menschen dazu veranlasst, den Blick auf den gesicherten Alltag der «guten» alten sozialistischen Zeit zu richten.

Die derzeitige geopolitische Lage zeichnet sich durch ihren unbestimmten und offensichtlich vorübergehenden Charakter aus. Die Entmachtung der Sowjetunion als Weltmacht und das anschliessende Zusammenschrumpfen Russlands zu einer lokalen und sich mit ihren eigenen Ruinen befassenden Macht im Osten Europas bedeuten noch nicht die definitive Beseitigung der Rivalitäten im kontinentalen Massstab. Das Militärpotential Russlands ist immer noch gross, und die Strategen eines eventuellen Einsatzes sind politisch nicht tot, sondern tun ihr Bestes, um sich möglichst bald zu revanchieren.

Schliesslich ist es ja für die alte Nomenklatura, aber auch für die ultranationalistischen Parteien gar nicht so einfach, die bittere Tatsache zu verkraften, dass sie von einer allmächtigen Position und einer Weltmacht zu einem auf Hilfe angewiesenen kranken Koloss zusammengeschrumpft sind. Die möglichen Begründungen für eine solche Entwicklung in Richtung eines bewaffneten Konflikts wären nicht so wichtig; nachträglich könnte die Revanche mit der katastrophalen politischen und wirtschaftlichen Lage im ehemaligen Imperium oder sogar mit panslawistischem Expansionismus gerechtfertigt werden. Auf jeden Fall ist die innere Situation in den meisten Ländern des einstigen Ostblocks günstig für eine solche Entwicklung.

Dimtcho Turdanov